

Die Schweiz hat einen Fachkräftemangel im Pflegebereich. Und dieser wird bis zum Ende des Jahrzehnts weiter steigen. Das bestreiten weder Gegner noch Befürworter der Pflege-Initiative. Beide wollen die Situation der Pflegenden verbessern. Fragen und Antworten zur Abstimmung vom 28. November. Von Anna Werner

Dem Pflegepersonal soll geholfen werden

1 Warum stimmen wir über die Pflege-Initiative ab?

In den Spitälern und Heimen mangelt es an ausgebildetem Pflegepersonal. Das führt nicht nur dazu, dass die psychische und physische Belastung der Pflegenden steigt. Auch die Qualität der Behandlung leidet, weil Zeit für Patienten fehlt. Die Corona-Pandemie hat die Malaise schonungslos offengelegt. Nur: Das Problem besteht schon länger. Bereits 2016 hat der Pflegefachverband die Initiative lanciert, um die Arbeitssituation der Pflegefachleute zu verbessern.

2 Was will die Initiative genau bewirken?

Die Initiative verlangt eine bessere Anerkennung und Förderung der Pflege. Dazu sollen mehr Pflegefachpersonen ausgebildet werden und diese sollen zusätzliche Kompetenzen erhalten. Neu sollen sie Leistungen in eigener Verantwortung erbringen dürfen und über die Krankenkasse abrechnen – ohne wie heute die Anordnung eines Arztes einzuholen. Zudem verpflichtet die Initiative den Bund, das Personal angemessen abzugelten, «anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen» zu ermöglichen sowie berufliche Entwicklungen zu fördern.

3 Wieso ist die Initiative so umstritten?

Sie geht den Gegnern zu weit. Sie wollen verhindern, dass Lohnforderungen in der Verfassung stehen, auch soll die Bevorzugung einer bestimmten Berufsgruppe verhindert werden. Wenn zudem mehr Leistungen direkt von Pflegenden und Spitex-Mitarbeitenden über Krankenkassen abgerechnet werden können, bedeute dies laut Gegenkomitee auch höhere Kosten. Unterstützt wird diese Haltung von FDP, SVP, Teilen der Mitte-Partei sowie Krankenkassen.

4 Was machen Bund und Kantone gegen den Fachkräftemangel?

Tatsächlich bestreitet niemand, dass die gegenwärtige Situation im Pflegebereich unhaltbar ist. Niemand behauptet, der Fachkräftemangel sei ein erstrebenswerter Zustand. Gleichzeitig stimmt es aber auch nicht, dass Bund und Kantone in den letzten Jahren tatenlos zuschauten. Der Bund finanzierte eine Imagekampagne für die Langzeitpflege. Ausserdem können Pflegenden bereits seit 2020 bestimmte Leistun-



Die Pflege-Initiative will unter anderem die Arbeitsbedingungen und den Lohn der Pflegenden verbessern.

BILD KEY

gen ohne ärztliche Anordnung leisten und abrechnen. Sie haben also zusätzliche Kompetenzen erhalten. Auch haben Bund und Kantone in die Ausbildung investiert. Die Zahl der Abschlüsse konnte zwischen 2012 und 2019 auf allen Qualifikationsstufen deutlich gesteigert werden. Das genügt aber nicht. Trotz dieser Anstrengungen droht eine Personallücke. Laut dem nationalen Versorgungsbericht 2021 fehlen 2029 rund 20000 Pflegenden.

5 Wieso fehlen derart viele Pflegenden?

Auf der einen Seite steigt der Pflegebedarf. Die Gesellschaft altert und mit dem Alter

nehmen chronische Krankheiten, Krebs und Demenz zu. Auf der anderen Seite verlässt mehr als jede dritte Pflegefachperson den Beruf frühzeitig – vor allem wegen Stress und Überlastung. Der Versorgungsbericht zeigt zudem, dass viele Pflegefachleute ihre Stelle nach der Ausbildung nicht antreten. Trotz verstärkten Ausbildungsanstrengungen können beispielsweise 2029 nur zwei von drei Stellen in der hoch qualifizierten Pflege besetzt werden.

6 Wie lässt sich der Mangel beheben?

Für den Pflegefachverband, die Gewerkschaften, Ärzte und Patientenorganisatio-

nen ist die einzige Antwort: die Annahme der Initiative. Unterstützt werden sie von der SP, GLP, den Grünen und Teilen der Mitte-Partei. Ihr Hauptargument: Es bringe nichts, mehr Personen auszubilden, solange sich die Arbeitssituation nicht verbessere. Allerdings lehnen gewichtige Branchenorganisationen wie die Spitäler (H+), die Heime (Curaviva) und die Spitex die Initiative ab und setzen sich für den Gegenvorschlag ein.

7 Warum bevorzugt beispielsweise die Spitex den Gegenvorschlag?

Dieser tritt umgehend in Kraft, wenn die Initiative abgelehnt und kein Referendum ergriffen wird. Bei einem Ja muss das Parlament die Initiative umsetzen. Dabei wird nicht nur wichtige Zeit verdrödet. Der Spitexverband gibt sich überzeugt, dass substanzial nicht mehr herausgeholt werden kann, als das, was der Gegenvorschlag bietet. Dies darum, weil Verbesserungen der Arbeitsbedingungen schwer in einem Gesetz umzusetzen sind und nicht in die Kompetenz des Bundes fallen. Die Initiative schreibt fest, dass der Bund innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs handeln soll.

8 Was für Massnahmen enthält der Gegenvorschlag?

Erstens sollen Bund und Kantone in den nächsten acht Jahren eine Milliarde Franken in die Ausbildung von Pflegefachkräften stecken. Mit diesen Mitteln werden bedürftige Studenten unterstützt, aber auch Spitäler, Kliniken, Heime sowie Fachhochschulen erhalten mehr Geld, wenn sie zusätzliches Pflegepersonal ausbilden. Zweitens sollen Pflegenden weitgehend selbstständig über Krankenkassen abrechnen können – ohne ärztliche Verordnung. Das Parlament hat einen Kontrollmechanismus vorgesehen, damit die Kompetenzen nicht missbräuchlich angewendet werden.

9 Was bemängeln die Initianten am Gegenvorschlag?

Dieser will vor allem mehr Personal ausbilden, gehe aber die Probleme in Spitälern und Heimen nicht an: Vor allem die chronische Überlastung und Überforderung des Personals. Der Verband will konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Erschöpfung und Berufsausstiege sollen verhindert – und die Qualität für Patienten und Patientinnen verbessert werden.

«Niemand streitet ab, dass die gegenwärtige Situation im Pflegebereich unhaltbar ist.»

« Der Pflegenotstand ist Realität »

Die Schaffhauser Nationalrätin fordert faire Arbeitsbedingungen und gute Löhne.

Von Martina Munz

Erst mit den Hilferufen während der Covid-Pandemie, ist der breiten Bevölkerung die chronische Überlastung des Pflegepersonals bewusst geworden. Heute fehlen in der Schweiz fast 12 000 Pflegenden, 2029 werden es 20 000 sein. Auf den Kanton Schaffhausen heruntergebrochen, werden uns dann rund 200 Pflegefachkräfte fehlen, eine beängstigend hohe Zahl. Mangel in der Pflege betrifft uns alle! Teure Komplikationen, längere Spitalaufenthalte und sogar erhöhtes Sterberisiko sind die Folge.

Die Care-Arbeit wird hauptsächlich von Frauen geleistet. Die Löhne sind bescheiden, die Arbeitssituation aber höchst anspruchsvoll. Zudem wurden jahrelang Sparmassnahmen auf dem Buckel der Pflegenden durchgeboxt. Das rächt sich jetzt. Jede dritte Fachperson verlässt den Job vor dem 35. Altersjahr, die Berufsleute leiden unter Dauerstress. Wer pflegt trägt viel Verantwortung, doch die Zeit am Bett fehlt. Kaum eine Pflegefachperson arbeitet mehr als 80 Prozent, ein Vollpensum ist körperlich und psychisch nicht zu bewältigen. Kurzfristige Einsatzpläne sind familienfeindlich und bringen das Privatleben durcheinander. Häufige Nachtschichten und geteilte Dienste zehren weiter an der Substanz. Die Löhne sind hingegen eklatant ungenügend. Mit dem indirekte Gegen-

vorschlag soll nun eine Milliarde Franken in eine Ausbildungsinitiative gesteckt werden. Doch das viele Geld ist in den Sand gesetzt, wenn nicht gleichzeitig die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Gut ausgebildete Pflegefachkräfte werden nach wenigen Jahren dem Beruf den Rücken kehren.

Die Pflege-Initiative packt das Problem grundsätzlich an. Mit der Einführung eines Betreuungsschlüssels wird genügend Personal und damit mehr Zeit am Bett gesorgt. Faire Arbeitsbedingungen und gute Löhne können über verbindliche Gesamtarbeitsverträge garantiert werden. Die Initiative ist mit diesen Massnahmen gut umsetzbar. Damit auch in Zukunft noch Pflegenden da sind, die kompetent helfen, wenn wir auf Unterstützung angewiesen sind brauchen wir ein Ja zur Pflege-Initiative am 28. November.



Martina Munz
Nationalrätin SP/SH

«Die Pflege-Initiative geht zu weit»

Ständerat Josef Dittli glaubt, dass die Umsetzung der Initiative mehrere Jahre dauert.

Von Josef Dittli

Die Pflege-Initiative geht zu weit, weil sie in der Verfassung eine bestimmte Berufsgruppe bevorzugen will. Konkret verlangt die Initiative, dass Löhne und Arbeitsbedingungen der Pflegefachpersonen vom Bund festgelegt werden und Leistungen direkt mit den Krankenkassen abgerechnet werden können. Diese Forderungen verstossen gegen die institutionellen Zuständigkeiten in der Schweiz. Es ist Aufgabe der Spitäler (und somit meistens der Kantone), die Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmenden zu regeln. Die Forderungen der Initiantinnen führen zu deutlichen Kostensteigerungen – ohne Kontrollmechanismus.

Deshalb hat das Parlament einen indirekten Gegenvorschlag auf Gesetzesebene beschlossen. Dieser enthält alle Elemente der Pflege-Initiative, die auf Bundesebene umsetzbar sind. Es handelt sich de facto bereits jetzt um das Umsetzungsgesetz zur Pflege-Initiative.

So sind etwa eine Milliarde Franken an Unterstützungsgeldern an die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen vorgesehen. Zudem erhält das Pflegepersonal die Möglichkeit, künftig gewisse Leistungen direkt zulasten der Krankerversicherung abzurechnen, was die Attraktivität

des Pflegeberufs erhöht. Hingegen fallen die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundes und werden darum nicht vom Parlament geregelt. Bei einer Annahme der Initiative müsste vom Parlament ein Umsetzungsgesetz erarbeitet werden. Das dauert mehrere Jahre.

Schneller geht es mit der Ablehnung der Pflege-Initiative: Dann tritt der indirekte Gegenvorschlag automatisch und sofort in Kraft. Es ist im Interesse der Pflegefachpersonen, aber auch der Patienten, dass sie nicht nochmals mehrere Jahre auf eine Verbesserung warten müssen. Ich lehne diese Initiative ab, weil der Gegenvorschlag des Parlaments die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen respektiert, das Kostenwachstum bremst und sofort umgesetzt werden kann.



Josef Dittli
Ständerat FDP/UR